



Volkswacht Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Ministerpräsident Held.

Die Arbeitszeitverordnung.

Sozialdemokratische Erklärung

Sondererklärung der sozialdemokratischen Minderheit. Denationalistische und kommunalistische Forderungen. Dresden, 5. Januar. (Ein. Dracht.) Vor überfüllten Tribünen wurde am Freitag die Landtagskammer eröffnet. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte mochte Ministerpräsident Held die Mitteilung von einem Schreiben des Landes...

Die Namendiehl in der Form sehr ruhige Oberminister. 'Volkswacht' schreibt am Schluß eines historischen Lebensbildes. Der Landesparteitag wird am Sonntag (Freitag) und dann wollen wir einmal sehen, ob die Fraktion sich fügen wird. Den Genossen aber empfehlen wir trotz aller Empörung über diesen Bruch der Parteitreue...

Der Herrscher und die übrigen Friedensverträge enthielten jedoch eine vernünftige Bestimmung: Die internationale Fiktion war der Ausdruck der geteilteren Machtstellung. Diese Bestimmung sollte während des Krieges und beim Friedensschluß erlangt haben. Aber während Sieges und Besiegte über die neuen Bündnisse des Friedensvertrages sehr empfindlicher Meinung waren...

Die Ministerliste.

Dresden, 5. Januar. (Ein. Dracht.) Die Verhandlungen über die Neubildung der Regierung sind in der Personengruppe in gutem Beende. Das neue Kabinett wird sich wie folgt aufbauen: Ministerpräsident: Held (Soz.). Innenr.: Müller (Chemist. Soz.). Finanzr.: Dr. Reinhold (Dem.). Arbeitr.: Geier (Soz.). Justizr.: Dr. Röhre (Soz.). Justizsek.: Sauer (Soz.).

Der Standpunkt der Fraktion mehrheit, der bereits in der Erklärung des Genossen Wirth zum Ausdruck kommt, wird auch von dem Genossen Jügel (Weipzig) in einem Artikel des 'Vorwärts' vom Donnerstag (Abendausgabe), also vor der Koalitionsbildung, folgendermaßen ausgelegt: 'Nach meiner Meinung wäre es deshalb das richtige, wenn sich der Landesparteitag am 8. Januar ohne Landtagsauflösung für die Große Koalition entscheiden würde. Neuwahlen werden an dem Verfall der Sozialdemokraten zu den Kommunisten nicht ändern, sie werden höchstens die bestehende Macht noch tiefer bringen.'

Die Auffassung, daß die Koalition in Sachen ähnlich wie im Reich sehr bald in die Brüche gehen wird — eine Auffassung, wie sie von den Denationalisten und Kommunisten zum Ausdruck gebracht worden ist — beruht nur auf sehr unsicheren Annahmen. Die Ereignisse und Arbeitsbedingungen der Landesregierungen sind wesentlich andere als die der Reichsregierung. Die Große Koalition in Preußen, die nun schon länger als zwei Jahre besteht, ohne daß ihre Beteiligung von irgendeinem Vertreter der Fraktionsmehrheit oder Minderheit gänzlich weis, ist der das Weisheit für die schärfste Fundierung solcher Annahmen.

Und noch eins darf nicht übersehen werden: Die Große Koalition in Sachen schlägt der Reichsregierung ein ihrer Zusammensetzung für die Weidung des Belagerungsbaukandes aus der Hand. Die Große Koalition wird natürlich vom Einbruch jeder Partei der Volkspartei würde auch wieder ohne Sozialdemokraten das Recht bekommen nur ein Notbehelf sein. Aber keine wirklich politische Partei wird sich solcher Schritte entsagen gegen den Preis ihrer Auslöschung, die bei dem gegenwärtigen Stande der wirtschaftlichen Misere für sich gleichbedeutend mit politischer Ohnmacht der Arbeiterklasse wäre. Aus diesem Grunde billigt wir den Beschluß der sächsischen Landtagsfraktion.

Sächsische Rentenversicherungsgesellschaften. Wie wir von unterrichteter Stelle hören, ist das Reichsversicherungsamt mit dem sächsischen Finanzministerium wegen der von Seiten der sächsischen Rentenversicherungsgesellschaften gemachten Forderungen in Verbindung getreten. Der Vorstand der sozialdemokratischen Arbeitszeitfraktion tritt am 8. Januar zur Beratung der allgemeinen politischen Lage in Berlin zusammen. Er wird sich insbesondere mit dem Willkürakt, die sich in der letzten Zeit unter dem Ausnahmestand ereigneten, beschäftigen.

Dieien Zeitpunkt wählten die Unternehmer für ihre große, ungeliebte geführte Maschine. Die Sozialdemokraten erkennen den Bedauern gegen die Einführung der Sozialpolitik als für den Arbeiterschaft herzuhalten, der sie bis dahin als Stütze des Arbeiterkampfes unüberwindliche Treue geleistet hatten, boten sie zugleich beim General Paragrah um Unterbindung der fremden Militärs...

Die Arbeitszeitverordnung. Die Sozialdemokratische Partei fordert die Einführung der Arbeitszeitverordnung. Die Sozialdemokratische Partei fordert die Einführung der Arbeitszeitverordnung. Die Sozialdemokratische Partei fordert die Einführung der Arbeitszeitverordnung.

Die Aufnahme der neuen Regierungsbildung in der sächsischen Provinz ist je nach der gegen oppositionelle, Dresden'sche 'Volkswacht' nennt die Lösung ebenfalls und glaubt, das das Kabinett der Großen Koalition vom ersten Tage der Entstehung an die Gegenüberstellung eines großen Teils der sächsischen Sozialdemokratie finden...

Vertical text on the left margin, partially cut off, including words like 'auf', 'Jahre', 'offe', '50 an', '265', '11', 'bau', 'er', 'normal-S', 'rhomd 3.00', '4.00', '2.70', '4.50', '1.50', '2.70', 'Pleant', 'Eingang', 'Starnst'.

Die Reaktion in der Wirtschaft.

Hiller und die Münchener Infanterieschule.

Das zentrale Problem der heimischen Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit durch Zurückgang von ungenügendem Arbeits- und ungenügendem Beschäftigungsgrad...

Die Nachricht, daß der Reichstag gegen die Militärschule im November beginnt, entspricht nicht dem Tatsachen. Ein Demoskrat übernahm noch nicht vollständig...

und Dilligbeit hoffen, den Bestand im Januar nach Beurlaubung zu erhöhen. Die Betriebsleistung liegt nur ungenügend...

Aus der Partei.

Eine Fraktionänderung für Frauen nahm mit 108 gegen 50 Stimmen eine Resolution an, die sich gegen den Antrag des Genossen...

Die oberste Eizentrale hat kürzer gegen die politische Situation in Berlin in der nächsten Woche...

Wirtschaftspolitik.

Markturz in New York. Unerwarteter Markturz in London.

Der amtliche Bericht bringt die letzte Befragung der Betriebsleistung in verschiedenen Industriezweigen...

Besonders muß sich die Holzindustrie überlegen, ob sie die von ihr jetzt schon teilweise angewandten Methoden der...

Dollar 42 Millionen.

1 Dollar Goldmarken 4,30 (Goldmarken) = 42 Millionen Reichsmark, 1 Dollar Goldmarken 4,30 (Goldmarken) = 42 Millionen Reichsmark...

Aus aller Welt.

10000 Goldmark geraubt. Überfall durch maskierte Räuber.

Ein räuberischer Raubüberfall wurde am Donnerstagabend in Bielefeld in der Nähe der Maxagartenschleife...

Die Ursache des Frank-Sturzes.

Das erschöpfte Vertrauen in die Solidität der französischen Finanzverwaltung.

Die Zeit der Presse hat sich, das abzuwarten fallen bei Franken, der auch am Freitag wieder mehrere Punkte einbricht...

Die amerikanische Eizentrale hat kürzer gegen die politische Situation in Berlin in der nächsten Woche...

Handel und Gewerbe im Dezember 1923.

Die vom russischen Ministerium für Handel und Gewerbe auf Grund von russischen Handelsstatistiken zusammengestellten...

Parthener Gewerkschaft-Eruption. Aus London wird gemeldet, daß eine Explosion im Arbeitsmarkt...

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: F. O. G. Schüll; für Handel und Gewerbe: Hermann Ranck; für Verkehrsfragen: Wilhelm Pertz; für die Landwirtschaft:...

Die aufstrebende Lösung der gegenwärtigen Industrie- und des Handels in unseren Verhältnissen kann nur durch die...

Demokratischer Antrag im Reichstagen Landtag. Im Reichstagen Landtag brachten die Demokraten einen Antrag ein...

Mit hochwertiger Ware billig zu sein

ist unser altes Geschäftsprinzip. Unsere Preise werden die größte Sensation erregen! Ab Sonnabend, den 5. Januar beginnt unser

Große Inventur-Ausverkauf

Mitteldutsche Textil-Gesellschaft m. b. H. :: Große Ulrichstraße 12 und 52 Spezialhaus für Damen- und Herren-Stoffe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170765262192401051-16/fragment/page=0003 DFG

Halle und Saalkreis.

Halle, den 5. Januar 1924.

Brand in der Kröllwitzer Papierfabrik.

Gestern abend gegen 7 Uhr wurde die Feuerwehre nach der Kröllwitzer Papierfabrik gerufen. Bei ihrem Eintreffen fand man riesigen Brand in der Fabrik. Unter anderem 35000 Zentner des Brandes viel zu geringen Zahl von Holzzeugen und Mannschaften trotz Alarmierung der Feuerwehre...

Selbstschutz gegen Feuer!

Haltet die Hydranten frei!

Anfolge des künftigen Frost- und Schneewetters ist die Freihaltung der 1305 Unterirdischen Hydranten durch die Feuerwehre nicht in hohem Umfange mehr möglich. Die Hydranten werden im eigenen Feuerlöscherinteresse...

Soleier und Schlackewurk zu verkaufen.

Die Hallenser sind immer streng national gerichtet gewesen. Zum Beweis wollen sie, als der Soleier auf halbfeste Soleier und Schlackewurk, das effizienteste Reinigungsmittel der Hallenser...

Nach Auffassung der Hallenser muß der ehemalige Kronprinz als guter Vorkämpfer von seinen Vorläufern aus den Appetit auf Soleier und Schlackewurk übernommen haben. Ebenfalls haben sie ihm in Ostpreußen nur den Solenollenenvertrieben aufzubringen...

Meldung ausländischer Arbeiter.

Für ausländische Arbeiter und mehrere Gausangehörige ist durch die Arbeitsämter für das Jahr 1924 die Arbeiterlegitimierung bis spätestens 28. Februar 1924 in dem für den Ort der Arbeitsstelle zuständigen Polizeibeamten zu beantragen. Hierbei sei bemerkt, daß die für das Jahr 1923 ausstellten Legitimierungskarte auf das Jahr 1924 Gültigkeit haben. Bei Stellung des Antrages ist die vorläufige Arbeiterlegitimierungskarte oder ein amtliches Ausweisprotokoll des Arbeiters (Paß, Heimatpaß) vorzulegen. Die Legitimierungskarte, die der Arbeiter zu tragen hat, betragen 2,50 Goldmark. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß von Arbeitsgeber die Erlaubnis eines ausländischen Arbeiters oder seiner einmündigen Verläßlichen der Arbeitsstelle der Arbeitsämterbehörde und der Reichlichen Arbeitszentrale, Berlin SW 11, Formular 4, innerhalb drei Tagen schriftlich anzuzeigen ist.

Deckung des Anleihebedarfs der Kommunen.

Ungünstige Ausflchten.

Während es vor dem Kriege für die Kommunen verhältnismäßig leicht war, ihren Anleihebedarf zu angemessenen Bedingungen zu befriedigen, hat sich nach dem Kriege die Lage auf dem Kapitalmarkt immer mehr zugunsten der Kommunen verändert. Zunächst bildete sich allgemein die Gewohnheit heraus, den Städten langfristige Kredite nur noch gegen eintragliche Sicherheiten (Hypothekensicherheiten) zu gewähren. Als der Verfall der deutschen Wälfuta die Aufnahme einfacher Darlehen in Reichsmark unmöglich machte, entstanden, besonders in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres, die sogenannten Sachwert-Anleihen, die auf die verschiedensten Grundbesitzarten, wie Mägen, Bäume, Anlagen usw. aufgebaut waren. Die Städte brachten derartige Anleihen teilweise in ihrem eigenen Namen auf den Markt. Ein Teil des kommunalen Darlehensgeschäfts ging an die Hypothekendarlehen über, besonders nachdem diese durch eine Ergründung des Hypothekendarlehens die Möglichkeit erlangt hatten, Hypothekendarlehen aus Reichsmark auszugeben. Die Hypothekendarlehen umfassen Goldmarkdarlehen, die meistens vom fünfprozentigen Zins waren. Die Bedingungen, zu denen sie den Kommunen langfristige Darlehen an letzten Viertel des Jahres 1923 gewährten, waren etwa: 6 bis 7 Prozent Verzinsung pro Jahr und eine einmalige Rückzahlungsprovision, die zwischen 6 und 15 Prozent schwankte. Es ergab sich damit für die Städte eine reale Zinsbelastung in Höhe von etwa 7 bis 7 1/2 Prozent pro Jahr. Die Hypothekendarlehen übergeben den Städten nicht bares Geld, sondern die Goldmarkdarlehen, die zu Latzen der Geldnehmer verkauft wurden. Dieses Verfahren ging unangenehm glatt vonstatten. Da die Goldmarkdarlehen teilweise über den parinotierten, so ergaben sich aus ihrem Verkauf nicht unbeträchtliche Annehmlichkeiten für die Städte.

Seit etwa vier Wochen ist, im Zusammenhang mit der Stabilisierung der Papiermark, der Markt der Sachwertanleihen in 8 Stöden geraten. Damit ist die wichtige Kreditquelle der Kommunen vorläufig verstopft. Der Kurs der Sachwertanleihen ist heute beinahe vollständig unter par gefallen, so daß diese Papiere augenblicklich nur noch mit einem bedeutenden Diskagio verkauft werden können.

Angedrohte Sperrung von Gas und Strom.

Selbstverständlich steht auch den hiesigen Werken das Recht zu, sich vor Verlusten zu schützen und solchen Schäden die Zulieferungen zu verweigern, die ihre Zahlungspflicht nicht erfüllen. Doch die hiesigen Werke dabei aber nicht rücksichtslos vorgehen, als ein Privatunternehmen es tun würde, sollte ausgeschlossen sein. Solche Fälle liegen aber vor. Die Anlagen darüber mehrmals, die Abnehmer sind verpflichtet, ihren Aufmerksamkeiten auszuweichen. Ein Fall ist der Öffentlichkeit unterbreitet. Anfang November erhielt ein Gas- und Stromabnehmer jenseitige Mitteilung für Oktober. Die Zahlungsfrist betrug drei Tage. Im zweiten Tage sollte die Zahlung erfolgen. Obwohl es erst knapp 1/2 Uhr war und die Kassenstunden bis 2 Uhr liefen, nahm der Arbeiterbeamte den Betrag nicht entgegen, noch dessen Höhe erst durch einen anderen Beamten festzustellen sei und von 1/2 Uhr an nur noch bereits feststellte Beträge angenommen wurden. Um nun am nächsten Vormittag der Zahlungsfristpflichtige erschien, wurden ihm für jede Woche der Rechnung 150 Milliarden Papiermark abverlangt, statt der 100 Milliarden, die am Tage vorher zu bezahlen gewesen waren. Der Zahlungsfristige wies darauf hin, daß er nicht zahlbar gemacht worden könne für den inzwischen eingetretenen weiteren Marksturz. Auf der Rechnung sei ausdrücklich nicht mehr als 100 Milliarden währten bis 2 Uhr. In dieser Zeit sei die Zahlung angeboten, aber nicht angenommen worden. Da der Arbeiterbeamte nicht glaubte von seiner Instruktion abgehen zu dürfen, der Zahlungsfristige aber auch den Zuschlag von 144 Milliarden - damals noch ein Geld - nicht tragen wollte und sein Ansehen auf dem Markte der 688 Milliarden nicht angenommen wurde, unterließ die Zahlung, bis eine Entscheidung, die sofort an den Magistrat gerichtet wurde, erfolgt sei. Unter Darlegung des Sachverhalts beantragte der Zahlungsfristige beim Magistrat, die Kassenstelle anzuerkennen, den Inkassoführer von 100 Milliarden in Anwendung zu bringen, nicht aber den von 150 Milliarden. Ein Bescheid darauf ist in keiner Weise ergangen, wohl aber erschien dieser Tage ein Mahnungsbrief, um statt der geschuldeten 688 Milliarden 7 Billionen 200 Milliarden einzulösen. Bei Zahlungsverweigerung, so erklärte der Beamte, würden Gas und Strom sofort gesperrt werden. Außer dem Bedrohung des Rechnungsbetrags waren noch 850 Milliarden an Verzugszinsen berechnet worden. Angesichts der Drohung mit der Sperrung ist natürlich die geforderte Summe unter Vorbehalt bezahlt worden; aber die Angelenenheit ist damit nicht erledigt. Gegenwärtig wird die Streikfrage, um eine grundsätzliche Klärung herbeizuführen, zur gerichtlichen Entscheidung gebracht werden.

Können. Die folgende kleine Tabelle zeigt die Entwicklung des Kursfußes bei an der Berliner Börse notierten Gold-Spottgeldmarkenbriefe im Monat Dezember 1923:

Table with 2 columns: Name of the instrument and its price. Includes items like Berliner Spottgeldmarkenbriefe, Frankfurt-Rheinlandmarkenbriefe, etc.

Die Tabelle lehrt, wie stark der Kurswert der Spottgeldmarkenbriefe gesunken ist. Der Kurswert, d. h. 100 Prozent, ist: 1 Gramm Feinsilber = 279 Goldmark (dies entspricht der gesetzlichen Definition der Goldmark). Ein Durchschnittskurs von 171 Goldmark für 1 Gramm Feinsilber besagen, ergibt sich dem Käufer eine Rückzahlung von 8,2 Prozent pro Jahr. Dies entspricht einem Gewinn von heute üblichen Zinsen für langfristige Kredite.

Da der harte Kapitalmangel in Deutschland gänzlich sich wiederholen anzufangen wird, so werden die Gold-Spottgeldmarkenbriefe für 1 Gramm Feinsilber besagen, ergibt sich dem Käufer eine Rückzahlung von 8,2 Prozent pro Jahr. Dies entspricht einem Gewinn von heute üblichen Zinsen für langfristige Kredite. Da der harte Kapitalmangel in Deutschland gänzlich sich wiederholen anzufangen wird, so werden die Gold-Spottgeldmarkenbriefe für 1 Gramm Feinsilber besagen, ergibt sich dem Käufer eine Rückzahlung von 8,2 Prozent pro Jahr. Dies entspricht einem Gewinn von heute üblichen Zinsen für langfristige Kredite.

Weise ergangen, wohl aber erschien dieser Tage ein Mahnungsbrief, um statt der geschuldeten 688 Milliarden 7 Billionen 200 Milliarden einzulösen. Bei Zahlungsverweigerung, so erklärte der Beamte, würden Gas und Strom sofort gesperrt werden. Außer dem Bedrohung des Rechnungsbetrags waren noch 850 Milliarden an Verzugszinsen berechnet worden. Angesichts der Drohung mit der Sperrung ist natürlich die geforderte Summe unter Vorbehalt bezahlt worden; aber die Angelenenheit ist damit nicht erledigt. Gegenwärtig wird die Streikfrage, um eine grundsätzliche Klärung herbeizuführen, zur gerichtlichen Entscheidung gebracht werden.

Für Dezember sind übrigens die Besatzbriefe für Gas und Strom weiter erhöht worden. Gas ist von 17 auf 20 Pf. je Kubikmeter gestiegen und Strom von 24 auf 34 Pf. je Kilowattstunde. Seit Ende November sind wir in einen allgemeinen Preisanstieg eingetreten. Die hiesigen Gas- und Stromwerke halten trotzdem die Zeit für angemessen, das Gas gegen November um 17,5 Prozent, den Strom um nur um 11,7 Prozent im Preis zu erhöhen. Und das meint man den Arbeitern zu bieten, wo die Werke wohl voll unter der Kontrolle der Arbeiterverbände stehen. Wie lieblich würde man erit mit uns umbringen, wenn die von gewisser Seite betriebene "Privatisierung" der Werke durchgeführt worden wäre!

* Falls Fremdenverleiher. Nach Mitteilungen des Statistischen Amtes sind in den hiesigen Gas- und Wasserwerken im Dezember 1923 3372 männliche und 791 weibliche, zusammen 4163 Fremde beschäftigt. Darunter befanden sich 50 Personen, die ihren Wohnsitz im Ausland hatten, und zwar 35 männliche und 15 weibliche mit fremder Staatsangehörigkeit. Am Dezember 1922 waren es 5465 männliche und 1204 weibliche, zusammen 6769 Fremde, im Dezember 1913 5095 männliche und 915 weibliche, zusammen 6010 Fremde.

Advertisement for Brunner & Benjamins. Features a large image of a man in a suit and the text 'Inventar-Ausverkauf' (Inventory Sale). It lists various goods like Rouleauköper, Fries, Dekorationsstoff, Läuferstoffe, Steppdecken, Bettbezug, Hemdenbarchent, Molton, Körperbarchent, Doppeldruck, Velour, Bettbezug, Inlett, Gerstenkornhandtuch, Handtuch, Wischtuch, and Bettbezug prima. Prices are listed in Goldmark. The address is 'Grosse Ulrichstrasse 22-24 u. Rannischer Platz'.

Lüge und Gewalt als Unternehmerrkampfmittel

Der Abwehrkampf der Bergarbeiter.

Zunehmend verfallen die mittelständigen Kleinbetriebe in der Bergbauindustrie dem Verfall. Die Bergarbeiter sind durch die Konkurrenz der großen Bergwerke in der Lage, sich durch die Abwehrkraft der Bergarbeiter den Lebensunterhalt anzuschaffen. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Bergarbeiter ein freies Leben führen und sich nicht in der Abhängigkeit der Bergwerke befinden. In der Bergbauindustrie sind die Bergarbeiter in der Lage, sich durch die Abwehrkraft der Bergarbeiter den Lebensunterhalt anzuschaffen. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Bergarbeiter ein freies Leben führen und sich nicht in der Abhängigkeit der Bergwerke befinden. In der Bergbauindustrie sind die Bergarbeiter in der Lage, sich durch die Abwehrkraft der Bergarbeiter den Lebensunterhalt anzuschaffen. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Bergarbeiter ein freies Leben führen und sich nicht in der Abhängigkeit der Bergwerke befinden.

Am Verkauf des Nachmittags erklärten sich die Metallarbeiterinnen zum Abwehrkampf bereit, schließlich mit den Gewerkschaften über die Forderung des Lohnes zu verhandeln. Man verständigte sich dahin, die gemeinsamen Verhandlungen am Sonntag den 2. März um 8 Uhr aufzunehmen. Falls sich die Parteien in dieser Sitzung nicht einigen, tritt das Streikgericht um 10 Uhr in die Arbeit ein. Der Streikvertrag in der Höhe von 1000 Mark ist für die Metallarbeiterinnen in der Höhe von 1000 Mark festzusetzen. Der Streikvertrag in der Höhe von 1000 Mark ist für die Metallarbeiterinnen in der Höhe von 1000 Mark festzusetzen.

In Osnabrück haben die Verhandlungen über die Einführung des Mehrlohnprinzips in der Metallindustrie folgendes Ergebnis erzielt. Der Zentralverband der Metallarbeiterinnen hat den Verhandlungen mit 90 Prozent Zustimmung beigewohnt. Der Zentralverband der Metallarbeiterinnen hat den Verhandlungen mit 90 Prozent Zustimmung beigewohnt. Der Zentralverband der Metallarbeiterinnen hat den Verhandlungen mit 90 Prozent Zustimmung beigewohnt.

Ein Jahr hallische Gewerkschaftsarbeit.

Bei Ende der Woche, die am Ende des Jahres als Tag der Gewerkschaftsarbeit bezeichnet wird, sind die Gewerkschaften nicht zufrieden. Die Kassen übersteigen zu sehr die Ausgaben. Trotz einiger Tätigkeit ist unbefriedigendes Resultat. Wegen der Kleinheit der Kassen ist es nicht möglich, die Ausgaben zu decken. Bei Ende der Woche, die am Ende des Jahres als Tag der Gewerkschaftsarbeit bezeichnet wird, sind die Gewerkschaften nicht zufrieden. Die Kassen übersteigen zu sehr die Ausgaben. Trotz einiger Tätigkeit ist unbefriedigendes Resultat. Wegen der Kleinheit der Kassen ist es nicht möglich, die Ausgaben zu decken.

Schwer war es den Gewerkschaften, ihre Hauptaufgabe, die Fortbildung und Auszubildenden der Industrie zu erfüllen. Schon im Anfang des Jahres machte der Dollar Sprünge nach oben, was die Industrie zwingt, höhere Preise zu verlangen. Die Industrie zwingt, höhere Preise zu verlangen. Die Industrie zwingt, höhere Preise zu verlangen. Die Industrie zwingt, höhere Preise zu verlangen.

Scharfmacherei der Chemiegewaltigen.

Konferenz der chemischen Industrie, Section V. Eine am Sonntag, dem 6. Januar, nach Halle (Saale) abgehaltene Konferenz der Vertreter der chemischen Industrie soll am Ende der Arbeit die Verhandlungen über die Forderung des Lohnes zu verhandeln. Man verständigte sich dahin, die gemeinsamen Verhandlungen am Sonntag den 2. März um 8 Uhr aufzunehmen. Falls sich die Parteien in dieser Sitzung nicht einigen, tritt das Streikgericht um 10 Uhr in die Arbeit ein.

Der Abwehrkampf der Berliner Metallarbeiter.

Weitere Ausdehnung der Aussperrung. Der Einbruch der Metallindustrie in die Wirtschaft ist ein ernstes Problem. Die Metallarbeiterinnen sind in der Lage, sich durch die Abwehrkraft der Bergarbeiter den Lebensunterhalt anzuschaffen. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Bergarbeiter ein freies Leben führen und sich nicht in der Abhängigkeit der Bergwerke befinden. In der Bergbauindustrie sind die Bergarbeiter in der Lage, sich durch die Abwehrkraft der Bergarbeiter den Lebensunterhalt anzuschaffen.

eine Stellung zu dem tabakischen Arbeiter, hat aber bei dem erwähnten Streit prominent die meisten Streikenden geübt. Vergessen wir nicht, daß der Streik wegen Verbesserung eines Lohnes nicht in der meisten Fällen nicht zur Begleichung einer Forderung führt, sondern nur ein Mittel ist, um die Forderung zu erzwingen. Die Arbeiter sind in der Lage, sich durch die Abwehrkraft der Bergarbeiter den Lebensunterhalt anzuschaffen. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Bergarbeiter ein freies Leben führen und sich nicht in der Abhängigkeit der Bergwerke befinden.

Aus der Provinz.

Was das Holz endlich billiger? In einem der letzten Tage kam aus Bamberg etwa 400 Kammerholz aus dem Meier-Wald zur Verfügung. Die Kammerholzpreise sind in der Provinz allgemein billiger. Die Kammerholzpreise sind in der Provinz allgemein billiger. Die Kammerholzpreise sind in der Provinz allgemein billiger.

Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger. Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger. Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger. Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger.

Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger. Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger. Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger. Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger.

Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger. Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger. Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger. Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger.

Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger. Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger. Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger. Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger.

Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger. Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger. Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger. Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger.

Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger. Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger. Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger. Die Kassen der Gewerkschaften sind in der Provinz allgemein billiger.

